

Bezugspreis:
Stückpreis 3 M.
für den Postanhalter
(inkl. Postgeld)
3 M. 27 Pf.
Abend täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
v. G. Sommer,
Bad Gmünd.

Emser Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

Preise der Anzeigen

Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 20 Pf.
Kleinzeile 40 Pf.

Schriftleitung und

Geschäftsstelle:

Bad Gmünd, Adm.-Str. 96.

Telefon Nr. 7.

Verantwortlich für die

Schriftleitung:

Paul Lange, Bad Gmünd

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 78

Bad Gmünd, Mittwoch den 2. April 1919.

71 Jahrgang.

Die Pariser Konferenz.

Paris, 31. März. Heute wird vom Vierzehnten der Frage von Danzig ins Auge gefaßt. Man hat es sich dabei um zwei Gesichtspunkte handelt, nämlich die Ausschiffung des Generals Haider und im Hafen von Danzig erfolgen? Die Entente, welche den Text des Waffenstillstandes vom 11. November 1918, verlangt die Ausschiffung in dieser Stadt. General Haider übermittelte Deutschland eine diesbezügliche Note und drohte mit dem Bruch des Waffenstillstandes, falls Deutschland auf seinen Standpunkt verharre. Die Regierung von Berlin schloß die Ausschiffung in einer Stadt vor. Hierauf folgt Radiotelegrammwechsel, welchem von der gegenwärtigen schwebeligen Lage die Rede ist. Die militärischen Experten scheinen jedoch auf der Ausschiffung in Danzig zu bestehen. Eine endgültige Lösung ist jedoch noch nicht erfolgt. Auf amerikanischer Seite kann man einiges Börsen beobachten. — 2. Das künftige Schicksal Danzigs. Polen fordert diejenige, den es für seinen Außenhandel als unbedingt notwendig bezeichne. Die ersten diesbezüglichen Verhandlungen am 14. Tagen statt; es wurde jedoch noch kein klammer Beschluß gefaßt. Unter den verschiedenen in Betracht gezogenen Lösungen besteht eine darin, Danzig und seine Umgebung eine Art neutrale Enklave werden soll.

Bern, 31. März. Es steht in diplomatischen Kreisen außer Frage, daß die Fertigstellung des Versailler Friedensvertrags vor Ende April zu erwarten ist, weil in den wichtigsten Punkten die Übereinstimmung mit dem Willen der Grundprinzipien noch weit entfernt ist. Solange Wilson nicht den Ansichten der anderen drei Mitarbeiter anhängt, kann eine Entscheidung nicht fallen. Da bekanntlich der Vier nicht abgestimmt wird, sondern es die Übereinstimmung erforderlich ist. Im Anschluß hieran meldet Europa aus englischer Quelle, daß die vom Rat der Vier beschlossenen Friedensbedingungen zwar sehr ungenügend seien würden, aber für Deutschland im allgemeinen annehmbar wären. In der Erkenntnis, daß es notwendig sei, einen deutschen Friedenswillen zu verhüten, man das Danziger Problem mit äußerster Vorsicht anzufassen.

Amsterdam, 31. März. (D. D. P.) Die letzten Meldungen aus Paris bestätigen, daß Frankreich seine Friedensforderungen stark herabgesetzt hat. Es besteht die Annahme, daß das Saarland und die Ruhr mit dem Ausbeutungsrecht zu begnügen. Amerika ist geneigt, Frankreich das Ausbeutungsrecht zu einer beschränkten Zeit zuzugestehen. Der Gedanke einer Rhein-República ist als unausführbar fallen gelassen worden. Die Franzosen wollen sich jedoch mit der Forderung begnügen, daß Deutschland im Rheinland eine Heeresmacht unterhalten darf. Lloyd George hat englischen Pressevertretern, daß Frankreich seine Friedensforderungen stark gemildert.

Berlin, 31. März. An zuständiger Stelle wird die erste Mitteilung gemacht, daß er alle Garantien und Ausbeutungsrechte will, dahin bekräftigt, daß die Entente ansehnlich gewillt ist, die durch die Danziger Frage entstandene Krise weiter zu verschärfen.

Verhandlungen in Berlin.

Berlin, 31. März. Das Kabinett beschloß in der letzten Sitzung anlässlich der Forderung des Rat der Vier nach neuen Verhandlungen in der Danziger Frage die Fraktionsführer der Nationalversammlung auf Mittwoch, den 2. April nach Berlin zu bitten. Sie sollen wie bei den bisherigen Sitzungen in den Waffenstillstandsverhandlungen zu den Beratungen hinzugezogen werden, damit die Endvereinbarung zwischen dem Rat der Vier und den Parteien gewährleistet wird.

Berlin, 31. März. Heute sind in den Räumen der deutschen Waffenstillstandskommission in Berlin die ersten Verhandlungen eine Sitzung von Reportern und einer größeren Anzahl Sachverständiger statt. Die von der Entente gewünschten Verhandlungen über den Verkauf von Holz, Papier, Kohle und Farbstoffen vorzunehmen. Es wurden im Laufe der heutigen Beratung einige Richtlinien vereinbart.

Der Bolschewismus in Ungarn.

Wien, 31. März. Die Mittagspost bringt die Unterredung mit einem früheren ungarischen Minister, der in einer Erklärung erklärte, daß alle Meldungen über die bolschewistische Regierung falsch sind, und daß die Stimmung des Publikums eine verzweifelte sei, weil der bolschewistische und moralische Zusammenbruch allgemein sei. Die Sowjetregierung will möglicherweise ein Soldatenheer zusammenbekommen, um gegen die Bewegung gegen die Sowjets kämpfen zu können. Bis zu 80.000 Mann aufgestellt. Die Bauernschaft ist der kommunistischen Regierung nicht anhängend.

Wien, 31. März. Unser Wiener Vertreter hatte heute eine Unterredung mit dem Wiener Gefandten der ungarischen Räterepublik Dr. Alexander Volgar. Volgar erklärte, Ungarn sei durch wirtschaftliche und politische Momente zum Bolschewismus gezwungen worden, jedoch keineswegs durch nationale. Nationalismus habe mit Bolschewismus nichts zu tun. Der Bolschewismus sei das internationale Problem, das jetzt auf der ganzen Welt explosiv zur Wirkung dränge. Die internationale Weltrevolution sei auf dem Marsche. Auf Widerstände und Utopien des Bolschewismus aufmerksam gemacht, erklärte Dr. Volgar, der Bolschewismus habe nicht die Absicht, mit der bürgerlichen Minderheit zu debattieren. Auf die Frage, ob es nötig sei, daß der Bolschewismus mit Terror arbeite, sagte der Gefandte: In Ungarn konnte man auf Gewaltmittel verzichten, da sich die kapitalistische Minderheit kampflös ergeben hat. Dort, wo es notwendig ist, wird der Bolschewismus vor terroristischen Mitteln nicht zurückschrecken. Auf die Frage, wie sich Dr. Volgar zur Staatsschuld stelle, antwortete er: Meines Erachtens muß die ungarische Staatsschuld sofort annulliert werden. Der Begriff „Zinsen“ ist mit dem Wesen des Sozialismus nicht vereinbar. Auf die Frage, weshalb auch die ungarischen Versicherungsgesellschaften sozialisiert werden, da die Aufhebung des Privateigentums das Sparen und Versicheren illusorisch mache, antwortete Volgar: Diese Sozialisierung war nötig, um die aufgespeicherten Vermögenswerte der Gesamtheit zuführen zu können. In Zukunft braucht im bolschewistischen Staat niemand zu sparen, da die Gesamtheit für jeden Arbeitenden sorgt.

Budapest, 31. März. Ungarisches Corr.-Bur. Die neue Wohnungsverordnung für Budapest und Umgebung bestimmt, daß jeder erwachsenen Person grundsätzlich höchstens ein Zimmer zusteht. Die schreckliche Wohnungsnot scheint durch diese Verordnung gelöst. Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages wurden Hunderttausende von Armen in Wohnungen im Arbeiterviertel und dem Villenviertel der Plutokratie untergebracht. In den requirierten Räumen müssen die Möbel belassen werden. Am Samstagabend fand in sämtlichen Theatern von Budapest ein roter Soldaten-Abend statt. Vor der Aufführung sprachen Volkskommissare.

Ententetruppen in Bukarest.

Rotterdam, 31. März. Daily Mail meldet aus Bukarest: In Bukarest sind 40.000 Mann Ententetruppen eingedrückt. Gegen Klausenburg und Hermannstadt sind Ententetruppen im Anmarsch zur Unterstützung der rumänischen Truppen. Über Rumänien und die besetzten ungarischen Gebiete ist der Belagerungszustand verhängt. Auch in Serbien werden Truppen der Alliierten zusammengezogen.

Paris, 31. März. Die Entente hat die militärische Verpflichtung des Bolschewismus im Osten endgültig beschlossen. Die Expedition soll von Polen, Rumänien und Serbien aus unter Leitung des Generals Mangin durchgeführt werden und von Frankreich, England und Italien finanziert werden.

Spartakus im Reich.

Berlin, 31. März. Die Lage in Dortmund ist nach Meldungen, die der Regierung von der dortigen zuständigen Stelle zugegangen sind, als sehr kritisch zu bezeichnen. Soweit die Belegschaften der Werke in der Umgebung der Stadt überhaupt noch arbeiten, verlassen sie die Schichtensicht. Das Stahlwerk Hoesch liegt still. Einer der Hoesch'sen ist bereits zum Erdbrocken gebracht worden und seine Wiederherstellung dürfte 8 bis 10 Monate dauern. Die Ausländer betreiben also eine Sabotage ernstlicher Art. Die Stadt selbst ist einseitig ruhig. Nach den amtlich unterrichteten Stellen erfolgt die Aufhebung der Arbeiter durch spartakistische Elemente. In Kattrop ist es zu schweren Unruhen gekommen.

Essen, 31. März. Eine von dem Rat der sogenannten Ruwertalkommission hierher einberufene Delegationenkonferenz revolutionärer Bergarbeiter, auf der 475 Delegierte von 193 Schachtanlagen vertreten waren, beschloß unter dem Namen Allgemeine Bergarbeiterunion einen Zusammenschluß der Bergarbeiter. Den alten Organisationen sollten die Beitzüge sperren werden. Es wurde ein Zentralrat gewählt, der die Aufgaben der Ruwertalkommission übernehmen und den Entwurf einer neuen Organisation ausarbeiten soll. Die Konferenz beschloß ferner, am Dienstag in den Generalkongress einzutreten und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis die gestellten Forderungen, u. a. Einführung der Sechsstundenarbeit ohne Lohnverkürzung, 25 Prozent Lohnsteigerung, Auflösung der Regierungstruppen, Entlassung der Polizei, Anerkennung des Rätebegriffs, Aufnahme der Beziehungen zur sozialistischen Räteregierung, Freilassung der politischen Gefangenen, sofortige Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, erfüllt sind.

Die wachsenden Erfolge der Unabhängigen. Folgender Bericht über die Lage im Reich geht der A. Ztg.

aus Berlin zu: Aus allen Gegenden des Deutschen Reiches kommen Nachrichten über Streikbewegungen, Unruhen und angeblich bevorstehende spartakistische Putche. Die Forderungen der Streikenden in den Industrie- und Bergwerks-Bezirken sind fast überall gleichlautend, und die politischen Forderungen laufen auf die Entlassung der Polizei, der Sicherheitswehr, Entlassung der Regierungstruppen, Einführung von Betriebsräten und politische Verankerung des Rätebegriffs hinaus. Die wirtschaftlichen Forderungen erstrecken sich auch auf die Einführung der Sechsstundenarbeitszeit, Lohnsteigerung sowie Besserstellung der Lebensmittelversorgung. Besonders die Lebensmittelversorgung scheint in vielen Gegenden der Anlaß zu Unruhen zu sein. An amtlicher Stelle hat man den Gesamteindruck, daß die Verhältnisse bedrohlich sind. Nachrichten aus Danzig bezeugen, daß die unruhigen Elemente sich verneht haben. In Oberschlesien wird von den Spartakisten eine starke Propaganda, vor allem durch Flugblätter betrieben. Hier fügen die Streikenden zu den obengenannten Forderungen noch die Oeffnung der Grenzen nach Polen und Rußland, sowie die Aufnahme des Verkehrs mit Rußland hinzu. In Wilhelmshaven wird mit aller Deutlichkeit auf eine zweite Revolution hingewiesen, die im Mai soweit organisiert sein werde, daß über ganz Deutschland der Generalkrieg ausgedehnt werden soll. Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird von amtlicher Stelle als sehr schlecht bezeichnet. Überall werden Unruhen befürchtet, die vor allem auf die schlechte Lebensmittelversorgung zurückzuführen seien. Die Regierung beabsichtigt, bei der Verteilung der Lebensmittel in erster Linie die Industriearbeiter zu berücksichtigen.

Schwere Unruhen in Frankfurt a. Main.

Frankfurt a. M., 31. März. Während des heutigen Tages kam es zu schweren Unruhen in verschiedenen Teilen der Stadt, bei denen es leider auch Tote gab. Vormittags demonstrierte eine große Menschenmenge vor dem Lebensmittelamt, dann zogen sich die Demonstrationen vor der Wohnung des Oberbürgermeisters, wo Lebensmittel geraubt wurden, fort. Nachmittags entwickelte sich eine neue Bewegung, deren Ausgangspunkt die Verhaftung einer Frau war, die auf dem Börseplatz ein Gladiolus aufgestellt hat. Die Menge stürmte das Polizeirevier in der Rotenstraße, dabei kam es zu Zusammenstößen mit einer Polizeipatrouille, die einschreiten wollte. Ein Mann von der Patrouille, der angeblich auf die Menge geschossen haben soll, wurde niedergeworfen, der Körper nach dem Main geschleppt und von der Rotbrücke aus ins Wasser geworfen. Ein Mann aus der Menge wurde durch einen Schuß in die Stirn getötet. Dann zog die Menge nach der Hammelstraße, wo die Untersuchungsgefängnisse befreit und von dort nach dem Gerichtsgefängnis, das ebenfalls gewaltsam geöffnet und dessen Türen in Freiheit gesetzt wurden. Als die Menge das Gerichtsgebäude zu stürmen versuchte, ließen die Führer der Unabhängigen und Kommunisten, Dittmann und Wittmann, Anweisungen und ermahnten zur Ruhe. Leider vergebens. In das alte wie in das neue Gerichtsgebäude verschanzte sich die Menge. Eintritt, von außen wurden die Fensterscheiben eingeschlagen, dann fielen genau wie an den beiden Gefängnissen die Alfen und Einrichtungsgegenstände auf die Straße und wurden in Brand gesteckt. Abends zwischen 7—8 Uhr erfolgte die Plünderung der Vorratsräume des „Frankfurter Hof“ und des Geschäfts von Scheffler. Die Menge drängte die Matrosen ein Ende, die auf dem Kaiserplatz und Hofmarkt Maschinengewehre aufzuhängen und nach einigen Scherereien auch die Straße zu säubern vermochten. Schimmer waren die Vorgänge in der Altstadt, wo es zu schweren Zusammenstößen mit Plünderungen kam; einzelne Geschäfte wurden dabei vollständig ausgeplündert. Neben die einzelnen Vorgänge wird noch folgendes berichtet: Je weiter der Abend voranschritt, um so größer wurden die Ausschreitungen, die bald in Plünderungen ausarteten. Eine große Menschenmenge zog sich vor Scheffler zusammen und drang im Hintergebäude ein, da die Wachen am Geschäft auf dem Hofmarkt Widerstand leisteten. Es wurden gewaltige Mengen an Lebensmitteln herausgeholt und dabei leider auch viel verborben. Inzwischen wurde auch in der Altstadt mit der Plünderung der Ladengeschäfte begonnen, vor allem bei denen, die ihre Schaufenster nicht durch sichere Rollläden geschützt hatten. Besonders arg sind mitgenommen das Kleider-Modiergeschäft von Salomon in der Bahnhofstraße, das gegenüber befindliche Konfektionsgeschäft und Schuhgeschäft im „König von England“ an der Ecke der Rotenstraße. Auch auf der Neuen Allee sind die Wachen schumm in Mitleidenschaft gezogen. Bei Ebers u. Endhoff sind die Schellen der Schaufenster zertrümmert und die Geschäftsräume ausgeplündert. Auch eine Anzahl anderer Geschäfte auf der Neuen Allee verfielen dem gleichen Schicksal. So auch ein Damenhutgeschäft und mehrere Kleiderläden. Kurz nach 9 Uhr erschienen starke Schützenlinien der Hilfspolizisten, voran jedoch ein Beamter in Zivil, der ankündigte, daß die Straßen sofort geräumt werden und bis frühmorgens um 5 Uhr gesperrt bleiben müßten. Die Schützenlinien, die hinterherfolgten, hielten scharf geladen, und jeder, der auf der Straße bleibe, lege sich der größten Lebensgefahr aus. Es begann ein wildes Rennen vor den Schützenlinien, denen auch Sanitätsautos folgten. Ungefähr 300 Plünderer wurden durch den Mariniergeschützbeschuß und die Hilfspolizisten verhaftet und in die Gensseckstraße gebracht. Bei der Plünderung des Scheffler'schen Geschäfts wurden zwei Leute erschossen; ein dritter, als er nach seiner Verhaftung einen Suizidversuch machte. Im ganzen sind etwa 25 Personen verletzt worden. Gegen 11 Uhr rückte auch das Militär aus. Abends erschien folgende Bekanntmachung: Hiermit ordnen wir zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit die Straßensperre für die Stadt Frankfurt a. M. an und

war von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens. Die Straßen-
perre tritt sofort in Kraft. Ansammlungen zu jeder Zeit
auf den Straßen und öffentlichen Plätzen sind strengstens
untersagt. Jede Zuwiderhandlung geschieht auf eigene Gefahr.

Generalkrieg in Stuttgart.

Stuttgart, 31. März. 22. Der schon lange ange-
kündigte und immer wieder aufgeschobene Generalkrieg
ist heute hier ausgebrochen. Um 9 Uhr legten in Stuttgart
die Arbeiter der Firma Bosch und Eisenmann, in Unter-
türkheim die Arbeiter der Daimlerwerke die Arbeit nieder. Viele
zogen es vor, nach Hause zu gehen, während andere auf ver-
schiedenen Plätzen der Stadt und die Arbeiter der Daimler-
werke sich auf den Cannstatter Wiesen versammelten und
durch ihre Redner folgende Forderungen aufstellten: 1. Freilassung der politisch Inhaftierten; 2. Aufhebung des
Belagerungszustandes und des Verbots von Demonstrationen
und Versammlungen unter freiem Himmel; 3. Einstellung der
anlässlich des Januarstreiks gemachten Genossen; 4. so-
fortige Remission der Arbeiter- und Soldatenräte auf revolutionä-
rer Grundlage. — Um 10 Uhr wurde, wie man hört, der
Telefonverkehr in einem Umkreis von 50 Kilometer
und in Stuttgart selbst gestoppt. Gegen Mittag hörte
der Straßenbahnverkehr auf. Im übrigen herrschte in den
Straßen Stuttgarts ein sehr lebhafter Verkehr, der sich bisher
in ruhigen Bahnen bewegt. Vor den Lebensmittelgeschäften und
vor allem vor den Metzger- und Bäckereien bildeten sich in
den frühen Stunden wieder lange Reihen Kaufstücker. Eine
große Anzahl von Läden hat geschlossen. In den städtischen und
staatlichen Betrieben, bei der Post und der Bahn wird ge-
arbeitet. Die Wasserleitungen und die Gaswerke sind in Be-
trieb.

Stuttgart, 31. März. 23. Inzwischen hat auch der
Gegensatz der Bürgerlichkeit eingesetzt. Die meisten
Geschäfte haben geschlossen. Bahn und Post haben den Be-
trieb eingestellt. Seit 4 Uhr ist die Stadt auch ohne Gas
und elektrisches Licht, das Wasserwerk arbeitet jedoch
noch.

Bolschewistische Mordtaten auf Osel.

22. Berlin, 29. März. Aus einem Bericht des Be-
auftragten des deutschen Gesandten für das Gouvernement
Osel seien folgende Einzelheiten über die Vorgänge entnom-
men, bei denen im Dienste der deutschen Regierung stehende,
sowie andere Deutschbaltische von bolschewistischen Bänden er-
mordet wurden. Im Anschluß an die Einberufung mehrerer
Jahrgänge durch die estnische Regierung kam es auf
der Insel Moon zu Aufständen. Als erstes Opfer, heißt es in
dem Bericht, fielen den Aufständischen mein Kurier, Herr
Eskar Mahr, ein Deutschbalt aus Arensburg, und mein
neuer Sekretär Herr Krupp und Frau, in die Hände. Sie
führten am 16. Februar zwischen 12 und 1 Uhr nachmittags
aus Gut Werder mit Schiffsitten aus, um nach Riga aus-
zufliehen. Da es bisher erforderlich war, sich bei
der Mache auszuweisen, gingen die Herren Krupp und Mahr
zum Zollamt, während Frau Krupp mit dem Aufzuge
und Gepäck auf dem Eise warteten. Die Wachtposten hielten
jedoch auch sie daran, nachdem die beiden Herren erscho-
sen worden waren. Dann erschoss man Frau Krupp. Die
Leichen zog man zum Landungsplatz und verentete sie unter
das Eis. Landmarschall von Vaghorbeden und sein Bruder
Artur wurden erschossen, die Leichen ebenfalls unter das
Eis verentet. Unterdessen rühten die Aufständischen weiter
vor. Auf Gut Tamsal ermordeten sie den Besitzer,
Herrn Resberg, außerdem noch verschiedene Bauernväter.
In der Nähe des Gutes Kannaak ermordete man auf belia-
nische Weise Viktor von Pahlen und seine Gattin, geb. von
Settlingen. Bei Gut Hohenholm an der Ostküste Oseles
ermordete man den Kaufmann Röll und seine Ehefrau. Bei
Klein Trubert, ferner die Dienstmagd. Auf Gut Koll wurde
der Verwalter, Herr Kienast, ein früherer Reichsdeutscher,
erschossen. Ein von der Einwohnerschaft Arensburg auf-
gestellter schwacher Selbstschutz wachte die ersten Angriffe ab,
als in letzter Stunde estnische Kavallerie und Marine-Infan-
terie heranzogen, die die Stadt entsetzten und die Aufständischen
vertrieben. Wie sich nachträglich herausstellte, waren noch
viele Bauernväter ermordet worden.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

23. Köln, 1. April. (Französischer Konsulent.)
250 Millionen Franken in Gold sind in einem
Sonderzuge von Berlin als Zahlung für die Bevorratung
Deutschlands in Brüssel angekommen.

Deutschland.

D Berlin, 27. März. Auf das wiederholt an die Al-
liierten gerichtete dringende Ersuchen, nähere Auskunft zu
geben über die Zahl und den Stand des Abtransportes der
deutschen Truppen und Zivilpersonen in der
Türkei und Südrussland ist der deutsche Ratten-
stabskommission in Spa am 25. März u. a. mitgeteilt
worden: Die von General d'Eperey, dem Oberkomman-
dierenden der Orientarmee, unter dem 1. März gegebene
Auskunft besagt, daß sich 12 000 Deutsche in Konstantinopel,
2000 deutsche Militär- und 200 Zivilpersonen in Oessa und
9500 deutsche Militär- und 200 Zivilpersonen in Nikolajew
befinden. Die Zahl der in Porti sich befindlichen deutschen
Truppen kann nicht genau festgestellt werden. Ende Januar
wurden 11 000 Deutsche als dort befindlich gemeldet. Nach
einer Angabe der britischen Admiralität sollen für die Heim-
beförderung der Deutschen aus dem Schwarzen Meer-Gebiet,
von denen bereits 10 000 nach Hamburg unterwegs sind,
sieben deutsche Schiffe verwendet werden. Man plant außer-
dem die Verwendung von sieben österreichisch-ungarischen
Dampfern für die Heimbeförderung der Deutschen aus der
Türkei und Südrussland.

D Berlin, 28. März. Nach § 3 der Verordnung vom
16. März zur Befreiung des Arbeitermangels
in der Landwirtschaft dürfen die Arbeitgeber außerhalb
der Land- oder Forstwirtschaft Arbeitskräfte nicht ein-
stellen, die bei Ausbruch des Krieges oder während des-
selben schon in der Land- oder Forstwirtschaft
tätig gewesen sind. Zuwiderhandlungen gegen die Be-
stimmung werden mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mark be-
straft. Eine Ausnahme ist nur insoweit zugelassen, als es
sich um Arbeiter handelt, die für land- oder forstwirtschaft-
liche Arbeiten nicht mehr tauglich sind. Die Verordnung ist

sofort in Kraft getreten, die Außerkräftsetzung erfolgt erst
mit der Beendigung des Arbeitermangels in der Landwirt-
schaft.

D Die Verwendung unserer Schiffe. Der
Oberste Wirtschaftsrat der Alliierten hat beschlossen,
daß die vom Feinde ausgelieferten Schiffe, die unter engli-
sche Aufsicht gestellt werden, nach Liverpool, diejenigen,
die unter französische und amerikanische Verwaltung kom-
men, nach Vrest und Cherbourg gehen sollen. Die großen
Personenschiffe werden hauptsächlich für die Nachförderung
amerikanischer und australischer Truppen bestimmt. Die
Frachtschiffe sollen zuerst die fehlenden deutschen Nahrungs-
mittel einführen. 38 Schiffe, die die den feindlichen Häfen bereits
verlassen haben, sind im allgemeinen freigegeben. In Augen-
blick wird keine Ladung für Schiffe unter 200 Tonnen und
für Tankschiffe angenommen. In London wird die wichtigste
Verwaltungsarbeit geleistet. Die technischen Einzelheiten
werden mit den Deutschen durch die Kommission in Rotter-
dam verhandelt. Die Verwaltung der Schiffe, wobei man
jedoch Schiff für Schiff handelt, wird den berechtigten Regie-
rungen, nicht aber der internationalen Kommission über-
tragen.

Bavern.

Berlin, 31. März. Der Täglichen Rundschau wird aus
München gemeldet: Auf Anregung Italiens hat Bay-
ern Verhandlungen mit diesem Lande wegen Le-
bensmittellieferungen begonnen. Teuerheits- und
Lebensmittelpreise sind in Italien sehr hoch. Die Italiener
sind die außerordentlich hohen Preise, welche Italien ver-
langt. Es ist geplant, die eingeführten Lebensmittel den
zahlungsfähigen Personen zu verkaufen, die milder mit der
Bevölkerung soll die billigeren einheimischen Lebensmittel
erhalten. Für die Verteilung sind verschiedene Lebensmittel
in Aussicht genommen.

Niederlande.

Das Befinden des Kaisers. Der "Times" zu-
folge wird aus dem Haag berichtet, daß der Deutsche Kaiser
sehr schwach ist. Er hat z. B. beim Gehen bei seinen Spazier-
gängen im Schlossgarten zu Amerongen Beschwerden, wobei
er jeden Augenblick eine Pause machen muß, um sich auszu-
ruhen. Seine Begleitung muß für diesen Zweck immer einen
Stuhl mit sich führen.

Beseidelung der Moor- und Deidlandkulturen.

Aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und
Forsten wird geschrieben: Da unsere wirtschaftliche Basis
sich für die nächste Zukunft zugunsten der Grundbesitzer
verschlechtern wird und muß, wird die Beseidelung der sozialen
und wirtschaftlichen Frage nur auf agrarischem Gebiet ge-
samt werden können. Zweckmäßig: Bodenverteilung bei ge-
eigneter Mischung von Groß-, Mittel- und Kleingrundstücken wird die
Voraussetzung zu ihrer Lösung sein. Die Grundlage hier-
für ist in der sogenannten Reichs-Siedlungs-Ver-
ordnung vom 29. Januar 1919 gegeben. Bei Durchfüh-
rung der Absicht ihres Verfassers, Professor Sering, wür-
den durch die R. S. V. insgesamt 2 000 000 Hektar der in-
neren Kolonisation erschlossen und in 200 000 bis 300 000
Familienbetriebe umgewandelt werden.

Die R. S. V. überträgt die Durchführung der Siedlung
nach preussischem Vorbild gemeinnützigen Siedlungs-
gesellschaften, von denen in Preußen zurzeit zwölf
bestehen. Da diese Gesellschaften ihrer Aufgabe finanziell
nicht gewachsen sind, liegt es nahe die in Preußen zahl-
reichen bestehenden privaten Siedlungsgesellschaften,
welche vielfach recht kapitalistisch sind und über einen
reichen Schatz von Erfahrungen verfügen unter der Be-
dingung an dieser Aufgabe zu beteiligen, daß sie sich bei ihrer
Erfüllung der Aufsicht des Staates unterwerfen.

Besondere gefegte bresche Maßnahmen (rechts) auch die
Erklärung der Moor- und Deidlandkulturen. Den
meisten Siedlungsgesellschaften werden die für die Ersch-
ließungsarbeiten unbedingt notwendigen Erfahrungen fehlen,
so daß es nützlich ist, die Erschließungsarbeiten von der
eigenen Beseidelung zu trennen und nur letztere den
Siedlungsunternehmen zu überlassen. Außerdem werden
zur Durchführung planmäßiger Entwässerungen und
möglichst ausgedehnter Ausnutzung der sehr wertvollen
Moorflächen große Flächen spezialisiert zur ge-
meinsamen Entwässerung und Kultivierung zusammengelegt
werden müssen. Zu diesem Zweck sind Genossenschaft-
gen zu bilden, die unter Leitung von Meliorationsbau-
beamten die Entwässerung und Kultivierung durchzuführen.
Das zur Umwandlung in Acker, Wiese und Wald nicht ge-
eignet. Deidland muß von den Genossenschaften aufge-
kärft werden, da wir uns in Zukunft den Luxus von
Deidland nicht mehr leisten können.

Die forstliche Nutzung aller irgendwie geeigneten
Flächen ist um so notwendiger, da die erheblich gesteigerten
Ansprüche an unsere Holzvorräte den Bedarf für Industrie,
Bauwerke und Brennholzwerke nicht mehr zu decken im-
stande sind. Durch diese Tatsache wird auch die wirtschaftliche
Bedeutung des Privatwaldes für die Allgemeinheit de-
utlich, daß eine staatliche Beaufsichtigung der Privatwal-
dungen nicht mehr zu umgehen sein dürfte. Das Gesetz
über die Beaufsichtigung der Privatforsten
mußte dem Staate das Recht einräumen, die Privatwald-
besitzer anzuhalten, geeignete Personen zur Verwaltung
und zum Schutz des Waldes anzustellen. Betriebspläne der
Aufsichtsbehörde vorzulegen, Rodungen nur mit Genehmi-
gung der Aufsichtsbehörde und unter der Beaufsichtigung der
Wiederaufforstung auszuführen. Waldbläsen und Deid-
landkulturen aufzuforsten und endlich kleine Waldbesitzer zu Wal-
dgenossenschaften zusammenzuschließen.

Die Grundbesitzverteilung in Deutschland ist in den ein-
zelnen Landesteilen bis in die Kreise hinein so außerordent-
lich verschieden, daß keinesfalls der eine oder der andere An-
siedlungstyp für größere Bezirke als der allein maßgebende
betrachtet werden darf. Vielmehr wird unter allen Um-
ständen verlangt werden müssen, daß vor der praktischen
Ausführung der neuen Ansiedlungen für jeden ein-
zelnen Kreis von den zuständigen Behörden unter Zu-
ziehung von Sachverständigen ein bestmöglicher Plan auf-
gestellt wird, welche Ansiedlungen in diesem Kreise zur Er-
zielung der erwünschten Mischung der verschiedenen Betriebs-

größen anzustreben sind und welche Hindernisse hierfür
Kreise besonders geeignet und für die Siedlung maßgebend
sind. Nur ein solches zielbewusstes, planmäßiges
Vorgehen kann uns vor einer wilden Kolonisation bewahren,
deren Folgen für den einzelnen Ansiedler und auch für
Allgemeinheit nur schwer wieder gut zu machen wären.

Bettlernachrichten.

Freiburg (Breitag), 31. März. Im Schnitzholz-
biel fällt seit mehr als sechs Stunden und un-
terbrochen Schnee, nachdem in der letzten Zeit
Nächte mit Schneesturm, Gewittern und Stürmen gewes-
en hatten.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-
wortete Oberbürgermeister Gläffing in einer ein-
stündigen Rede, der wir u. a. das Folgende entnehmen: Dank
anerkannt werden, daß nach einer Mitteilung des
Oberst Peroy an den Magistrat der Verkehr der
den a. Wiesbaden aus dem von den alliierten
benachteiligten Gebieten unter noch mitzun-
nähenden Bedingungen von der französischen Be-
satzungsbehörde gestattet worden ist; aber es darf
vergesen werden, daß wir bestimmt davon wissen, daß
dem Vorhaben der uneingeschränkten Verkehr auch mit
unbesetzten Deutschland gestattet wird, daß der Fremden-
Verkehr ungehindert stattfinden kann, wenn
Wiesbaden nicht dem vollständigen wirtschaftlichen Ab-
gehehen soll. Ich habe sowohl von der Handelskammer
wie von der Handwerkskammer mit Gutachten über die
Folgen der Sperre auf Handel und Wandel und die
Losigkeit erstatten lassen; die von dem Handelskammer-
rat Herrn Dr. Otto und dem Syndikus der Hand-
werkskammer Herrn Schröder erstatteten Gutachten gehen
einig in der Anerkennung der von der französischen Be-
satzungsbehörde gewährten Erleichterungen und in der An-
erkennung des Bedauerns, nicht zu wollen in der
durch den Waffenstillstand gegebenen Bestimmung; aber
beiden Gutachten sind auch einig in der Meinung, daß
Vorfriede den unbeschränkten Verkehr mit
unbesetzten Deutschland bringen muß, wenn nicht
Not und Elend entstehen soll. Dazu kommt die
Ernährung, die zu einer reinen Hungersnot
geworden ist, die Preise der Lebensmittel immer mehr
steigen und damit auch die Preise. Bei dieser
Lage ist es nicht verzeihen, der französische Be-
satzungsbehörde die nächste Anerkennung der Sach-
lage zu sprechen, daß sie bereit ist, uns in diesen Zeiten
größten Not mit Nahrungsmitteln für die minderbemittelte
Bevölkerung zu versorgen.

Wiesbaden, 27. März. Die gestrige Stadter-
nenkung war in kommunalpolitischer wie sozial-
politischer Hinsicht höchst bedeutungsvoll und beansprucht ge-
wisses Interesse. Auch Colonel Peroy, welcher
Sitzung bald bis gegen Schluß der Auf der An-

der besonderen Zahlungsanweisung des Reichstumpentals an das Bezirkskommando abgegeben werden kann. b) Nicht einmündige Forderungen, deren Berechtigung zur Vermeidung von Doppelzahlungen noch der Bestätigung bedarf, sind von dem Bezirkskommando beschleunigt weiterzuleiten. Dem Antragsteller ist Zwischenbescheid unter kurzer Vorleistung des Grundes zu erteilen. 2. Zur Vermittlung von Doppelzahlungen wird bestimmt: a) Die erfolgte Zahlung der Entlassungsgebühren ist auf dem Entlassungschein — beim Vorliegen des Militärpasses auch in diesem — zu vermerken. b) Dem Empfänger sind sonstige Ausweis-papiere — Soldbuch, besondere Zahlungsanweisungen usw. — bei der Auszahlung abzugeben. c) Die Bezirkskommandos sind gehalten, der eigentlichen Zahlungsstelle von der erfolgten Zahlung folgende Mitteilung zu machen. Andererseits haben die Dienststellen, die Entlassungsgebühren den Entlassenen ausbezahlt haben, sogleich nach Bekanntwerden dieses Erlasses nachträglich den zuständigen Bezirkskommando von der Zahlung Mitteilung zu machen. d) Jede Nachsendung von Entlassungsgebühren für die rückliegende Zeit hat seitens der entlassenden Dienststellen unbedingt zu unterbleiben. e) Generalkommandos werden ermächtigt, für größere zur ordnungsmäßigen Durchführung der Zahlungen im Zusammenhang mit den Soldatenräten besondere Anordnungen, soweit sie nicht grundsätzlicher Art sind, zu treffen. Es muß von jeder Dienststelle, an die sich die Bezirkskommandos zwecks Aufklärung wenden, erwartet werden, daß sie die Anfragen unverzüglich erledigt.

1. Coblenz, 31. März. Zitronen und Apfelsinen, diese Früchte des sonnigen Südens, sind nach langer Zeit hier einzufrachten und in verschiedenen Geschäften zu haben.

2. Warburg, 27. März. Bei Galsdorf fanden spielende Kinder an der Elbe die Zeichen eines fünf- und eines einjährigen Knaben. Den Untersuchungen zufolge handelt es sich um die Kinder einer Frau aus Heringshausen, die mit ihrem Mann in Scheidung lebt und seit etlichen Tagen verschwunden ist.

3. Frankfurt, 30. März. Was kostet ein Ziehlingshaus? In seinem Vortrag über die Ziehlingshäuser bei Bonames machte Direktor Weglar Angaben über die ungefähren Kosten eines Hauses aus Schladen, Zement und Rohwand, die infolge eines Fehlers mit 15 000 Mark leider viel zu niedrig angegeben wurden. Ein solches Haus stellt sich erheblich teurer, und darauf sei ausdrücklich hingewiesen, um den Interessenten Enttäuschungen zu ersparen, so lange nicht genug Rohle gefördert und so lange der *circulus vitiosus*: Arbeitslohn — Preis, Preis — Arbeitslohn seine unheilvolle Wirkung ausübt, wird man an keine rationelle Ansiedlung denken und damit auch nichts Wirkliches gegen die Wohnungsnot unternehmen können.

4. Frankfurt a. M., 28. März. Unter dem Vorsitz des Hrn. Höher (Köln) fanden hier zweitägige Verhandlungen zwischen dem Verband der Hotelbesitzervereine und den Arbeitnehmerverbänden des Hotelgewerbes über den Abschluß von Tarifverträgen statt. Mit dem Verband der Köche kam es zu einer Einigung mit Grund-, Zonen- und Zuerungszuschlägen. In den Verhandlungen der Arbeitsgemeinschaft der gastwirtschaftlichen Angestelltenverbände wurde grundsätzlich die Notwendigkeit einer ausreichenden Entlohnung aller Hotelangestellten anerkannt. Es ist jedoch nicht zu einer endgültigen Einigung über die Abschaffung der Trinkgelder, die die Arbeitgeber zunächst für es eigentliche Hotelpersonal durchführen wollten um dann teilweise zu einer befriedigenden Lösung dieser Frage zu kommen. Die Fortsetzung der Verhandlungen wurde einem Ausschuß aus Arbeitgeber und Arbeitnehmer übertragen. Schließlich wurde der Abschluß eines Tarifvertrags mit dem Hotelangestelltenverein vorbereitet, der demnächst zum Abschluß gebracht werden soll. — Die Friseurgeschäfte stehen seit heute morgen wegen Bohrerforderungen im Ausstand. Die Geschäfte werden von den Ausständigen überwacht.

5. Erbenheim, 28. März. Einträgliches Schlichtungshandeln. Gestern wurde eine bekannte Geflügelhändlerin aus dem benachbarten B. von unserer Polizei angehalten und einer Revision unterzogen. Hierbei fand man u. a. 17 Eier, die beschlagnahmt wurden. Sie waren in Delfenheim für 60 Pfennig das Stück erstanden worden und sollten an Wiesbadener Hotels für 1,70 Mark verkauft werden. Bedenkt man, daß diese Händlerin tagtäglich alle umliegenden Orte nach Eiern, Geflügel usw. abkassiert und mit hohem Aufschlag verkauft, so kann man sich annähernd ein Bild von ihrem Kriegsgewinne machen, der sie zum Schaden der Einwohner von B. in den Stand setzt die Eiern und gezeigten Grundstücke zu ersteigern. Wir wollen hoffen, daß die Polizeibehörde ihres Wirkungskreises von jetzt an ein wachsames Auge auf sie haben werden, damit die Lebensmittel nicht durch den Schleichhandel abgesetzt sondern der darbedenden und hungierenden Allgemeinheit zugute kommen.

6. Groß-Geran, 27. März. Ein Großfeuer verbrannte auf dem nahen Rheinröder Hof eine Anzahl Wirtschaftsgebäude. Den Flammen fielen dabei sämtliche landwirtschaftlichen Maschinen und etwa 2000 Zentner Kartoffeln zum Opfer.

7. Jalta, 27. März. Domdechant Generalvikar Prof. Dr. Wilhelm Arenhold feierte heute sein goldenes Priesterjubiläum.

8. Kassel, 27. März. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot will der Magistrat von Zug von auswärts herkommen. Sobald die Genehmigung der zuständigen Stellen eingetroffen ist, soll das Verbot in Kraft treten.

9. Lampertheim, 27. März. Der 10jährige Minia Müller erschlug bei einer Kauferei den gleichaltrigen Valentin Pfeil mit einer Schaufel.

10. Von der Bergstraße, 27. März. Schnee und Frost haben den Blütenfor der Mandelbäume an der Bergstraße vernichtet. Die Aprikosenbäume stehen vor dem gleichen Schicksal, wenn die Kälteperiode noch einige Tage andauert.

Aus Bad Ems und Umgegend.

1. Verkehrsregelung. Laut Bekanntmachung des kommandierenden Generals der 17. Division wird der Geschäftsverkehr für Gastwirtschaften auf 9.30 Uhr festgesetzt. Nach 10 Uhr ist den Zivilpersonen der Verkehr auf den Straßen untersagt.

2. Der Beamtenverein Bad Ems hielt am letzten Samstag im Rheinischen Hof seine Hauptversammlung ab, die recht zahlreich besucht war. Der Vorsitzende Buchhalter Springfeld erstattete Jahresbericht, und der Kassier Herr Eisenbahnassistent Major legte Rechnung ab, worüber die Versammlung Entlastung erteilte. Die Jahressumme der Ausgaben der Vorstandsmittelglieder der Eisenbahner, Stadtrechner Stroch, Eisenbahnassistent Sachholz wurden wiedergewählt, ebenso die Rechnungsprüfer für das laufende Vereinsjahr. Bei Besprechung der für das laufende Jahr vorzunehmenden Wirtschaftsmassnahmen wurde beschlossen, daß die einzelnen Mitglieder ihren Bedarf an Kohlen, Weizen, Kartoffeln, Weizen und sonstigen in Betracht kommenden Lebensmitteln und wichtigeren Bedarfsartikeln dem Vorstand mittels besonderen Formularen anzeigen, um dem Wirtschaftsausschuß einen ungefähren Überblick zu ermöglichen, in welchem Umfang er Vorkehrungen für die Beschaffung zu treffen hat. Die hierzu nötigen Borbrude sollen entworfen werden und möglichst bald zur Verteilung kommen. Zur Entlastung des Ausschusses soll künftig bei größeren Verteilungen, wie Kartoffeln pp. zur Ansicht eine besondere Persönlichkeit gegen Bezahlung angeworben werden. Ferner kam die Beteiligung des Vereins für Abschlässe auf Bedarfsgegenstände pp. aus dem Auslande zur Sprache, für die allgemeine Zustimmung vorhanden war und die weiter im Auge behalten und verfolgt werden soll. Zuletzt wurde eine Eingabe an das Ministerium des Innern beschlossen, in der bei Berechnung der in Aussicht stehenden Steuerzuschläge für den diesigen Ort eine höhere Klasse beantragt werden soll. Zur Ausarbeitung wurde eine fünf-gliederige Kommission gebildet, in die man die Mitglieder Pfugmacher, Major, Stroch, Schwarz und Herrmann wählte.

Aus Diez und Umgegend.

1. Flurschick. Die Stelle des Flurschicks ist seitens des Magistrats dem Kriegs-Jubiläum Vorenz Köhler hier übertragen worden.

Aus Nassau und Umgegend.

2. Wechsel. Das frühere Gebäude E. u. M. Bach'sche Wohnhaus ging für 20 000 Mark von dem Vorsteh-Bereich Diez in den Besitz der Ehefrau E. Bach über.

Fortsetzung des redaktionellen Teils im amtlichen Kreisblatt.

Bekanntmachung.

17. Division. Star-Major.

Nach O. G., 1. April 1919.

Um eine einheitliche Regelung des Geschäftsverkehrs für Gastwirtschaften und des Verkehrs der Zivilpersonen im Unter-lahnkreis herbeizuführen, bestimmt der kommandierende General der 17. Division Folgendes:

1. Der Geschäftsverkehr für Gastwirtschaften wird auf 21 Uhr 30 festgesetzt.
2. Nach 22 Uhr ist den Zivilpersonen der Verkehr auf den Straßen untersagt.

Sollte der Ortskommandant seitens der Zivilpersonen schlechten Willen beobachten, ist er ermächtigt, die durch diese Bekanntmachung gewährten Vorteile einzuschränken.

Der kommandierende General der 17. Division:
J. A.: Der Chef des Stabes.
Robert, Major

Bekanntmachungen der Stadt Bad Ems.

Verkauf von Zuck.

Auf den in der laufenden Woche gültigen Abschnitt der Feinstarte können am Samstag bei den Buttergeschäften Reichbäcker, Wilhelm und Bräutigam
50 Gramm Speck
entnommen werden.

Bad Ems, den 1. April 1919.

Verbrauchsmittelamt.

Schuttabladepack.

Der städtische Schuttabladepack an der Straße nach Nachbach wird vom 1. April ds. Js. ab für die Schuttanfuhr gesperrt und ist hier jede Schuttablagung verboten.

Von da ab kann im Distrikt „Gosenkämpel“, beim früheren fiskalischen Märker, an der vorderen durch ein Schild bezeichneten Stelle Schutt abgeladen werden. (Zufahrt durch die Schulstraße und die Verlängerung der Schulstraße am Schlachthof vorbei.)

Bad Ems, den 18. März 1919.

Der Magistrat.

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Gaignic, Rittmeister.

Mutterberatungsstunde in Ems

Donnerstag, den 3. April 2—4 Uhr. Ausgabe der Vieser-scheine für April und der Zwiebackscheine.

Codes - Anzeige.

Berwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Fran Luise Glücker

geb. Heumann

im Alter von 65 Jahren sanft dem Herrn entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bad Ems, Düsseldorf, den 2. April 1919.

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 2½ Uhr vom Sterbehause, Reichstraße, aus statt.

427

Bekanntmachung.

Am Donnerstag, den 10. April, 9.30 vorm. werden auf der Beinhstraße Rahenelubogen — Lautenburg bei Stat. 4,0 (Abzweig nach Herold) beginnend

Ruhholzfämme (8 Ahorn, 1 Rüster, 1 Esche)

meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigert.

Rahenelubogen, den 28. März 1919. [425]

Rahenelubogen, den 28. März 1919.

Gesehen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
A. Gaignic, Rittmeister.

Allgemeine Ortskrankenkasse

für den Unterlahnkreis, Sektion Ems.

Die rückständigen Beiträge für den Monat März sind an die Kasse zu entrichten, andernfalls das Beitragsverfahren eingeleitet wird.

Bad Ems, den 2. April 1919.

Der Vorstand.

Freiwillige Versteigerung.

Freitag nachmittag 2 Uhr, versteigere ich in meinem Lokale Bahnhofstr. 9 folgende Gegenstände:

kompl. Bett, Sofa, Chaiselongue, 2 Waschtische, Tische, Bilder u. dergl. m. [412]

Hermann Weber, Ems.

Erteile gründlichen Unterricht in der

französischen, englischen, spanischen und italienischen Sprache.

Auf Wunsch halte auch **Konversations-Kurse** ab.

Magdalena Pötz

für das höhere Lehrfach geprüfte Lehrerin.

Bad Ems, Coblenzerstr. 73. [358]

Kaufe Möbel g. Einricht.

tungen gegen Vorkauf. Offerten u. 121 an die Geschäftsstelle d. G. 319. [43]

Pa. Ferrel,

7 Wochen alt, [426]

zu verkaufen. Braubacherstr. 32, Ems.

Betten

zu verkaufen. Köhler

Ein Stehpult

mit 3 Schubladen u. 2 Schränken zu verkaufen. [351]

Badhausstr. 3 II. Ems.

Zu verkaufen 1 Küchenherd, 1

Reiniger mit Gummirollen, 1

Reiniger und Stühle. [417]

Schaffstr. 21, Ems.

Eine Ladentheke

zu verkaufen. [416]

Marktstr. 9, Ems.

Ein großer Glasabschluß,

3 Türen und einen Tisch, Größe

180x90 zu verkaufen. [420]

Grabenstr. 8, Ems.

Ein großer

Kaninchenstall

zu verkaufen. [418]

Marktstr. 13, Bad Ems.

Wohnung

im ersten Stock

Goldne Traube

6 Zimmer, Küche, 2 Kammern

und Kuchentisch preiswert zu ver-

mieten. Näheres

Willa Sommer, Bad Ems.

Ein

Spengler- u. Zu-

stallateurgeselle

für sofort gesucht. [403]

Heinrich Sch. Nassau.

Verloren

silberne Taschenuhr mit Arm-

band, Monogramm T. G., obere

Wasserstrasse 65 Bürgermeisterei.

abgegeben Geden, Köhlerstr. 5.

Bad Ems [423]

Deutscher Schäferhund,

grau mit weissem Hals am

alten Herrn, auf „Platz“ löbend,

mit ledernem Halsband, sich viel-

leicht den Seilen angeschlossen

hat, ist entlaufen. Anmeldung

gegen Belohnung im Hotel Ems

Ems. Der Anlauf wird gewährt.

Bettmässen

Bettreinigung, sofort. Alter und Ge-

schlecht angeben. Ausk. unsonst.

Sanis Versand München 312.

Verkauft: Hühnerchen

Erang. Kirche Bad Ems.

Donnerstag, den 3. April

Marktstr. nachmittags 2½ Uhr

Passionsandacht.

Herr Pfarrer Emme.

Erang. Kirche Nassau.

Donnerstag, den 3. April 1919.